

17.10.2012

Niederschrift

Gleichstellungsausschuss

am 17.09.2012 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III | Friedrich-Ebert-Straße
17 | 59425 Unna

Beginn 16:00 Uhr

Ende 17:05 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Bärbel Schmidt

Kreistagmitglieder SPD

Frau Brunhilde Weinhold

Frau Manuela Werbinsky

Sachkundige Bürger/innen SPD

Frau Bärbel Andernacht

Frau Marie-Luise Scheideler

Kreistagmitglieder CDU

Frau Marlies Deppe

Herr Michael Dobrowolski

Herr Hubert Hüppe

anwesend bis 16.50 Uhr

Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Hans-Ulrich Bangert

Frau Gabriele Wentzek

Kreistagmitglieder FDP

Frau Heike Schaumann

anwesend bis 16.45 Uhr

Sachkundige Bürger/innen DIE LINKE.

Frau Petra Ondrejka-Weber

Verwaltung

Herr Norbert Hahn, Dezernent

Frau Sengül Ersan, Gleichstellungsbeauftragte

Herr Dirk Brewedell, Planung und Mobilität

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Unter der Leitung von Frau Scheideler wird durch den Ausschuss aufgrund der Abwesenheit der Vorsitzenden sowie der stellvertretenden Vorsitzenden gem. § 24 Abs. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 der Geschäftsordnung Frau Bärbel Schmidt einstimmig zur Vorsitzenden der Sitzung gewählt.

Frau Schmidt begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- Punkt 2** Bündnis für Familie - Vorstellung des neuen Koordinators
- Punkt 3** 137/12 Familienhebammen - Ein Projekt zur Verbesserung der sozialmedizinischen Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern mit ihren Säuglingen im Kreis Unna
- Punkt 4** 139/12 Projekt: Starke Familien und Unternehmen im Kreis Unna
- Punkt 5** Zwischenbericht zum Bundesprojekt "Mehr Frauen in Führungspositionen - Regionale Bündnisse für Chancengleichheit"
- Punkt 6** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

- Punkt 1** **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

- Punkt 2** **Bündnis für Familie - Vorstellung des neuen Koordinators**

Erörterung

Herr Dirk Brewedell stellt sich als neuer Koordinator des Bündnisses für Familie vor. Er teilt mit, dass der Ausschuss bereits in der Vergangenheit durch seinen Vorgänger Herrn Preising sowie Herrn Zakel umfassend zum Thema informiert worden sei. Das Bündnis für Familie befände sich zurzeit in einer Phase der Neuaufstellung. Dies habe nichts mit dem Personalwechsel zu tun; eine Neuaufstellung fände alle vier Jahre statt. Im Rahmen eines in der nächsten Woche stattfindenden Workshops würden für die nächsten vier Jahre Handlungsschwerpunkte sowie Arbeits- und Entscheidungsstrukturen festgelegt. Seiner Einschätzung nach werde sich aber an den Grundstrukturen und Inhalten nicht viel ändern.

Herr Brewedell stellt ein aktuelles Organigramm des Bündnisses für Familie vor, welches dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt ist.

Zum Handlungsfeld 1 „Familie und Beruf“ führt Herr Brewedell aus, dass es eine Tagung zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Pflege“ gegeben habe und er sei überrascht gewesen, wie viel Zündstoff in diesem Thema stecke. Es würde zurzeit tabuisiert, Kinderbetreuung aber werde akzeptiert. Nur die Pflege älterer Familienangehöriger stünde noch immer außen vor. Die Veranstaltung sei gut besucht gewesen und an dem Thema werde kontinuierlich weiter gearbeitet.

Zum Jahreswechsel solle das familienfreundlichste Unternehmen im Kreis Unna ausgezeichnet werden. Die Ausschreibungen liefen zurzeit und Termine seien ebenfalls gesetzt worden. Spätestens im März 2013 könne dann ein Sieger präsentiert werden. Hier bestehe eine starke Kooperation mit der Wirtschaftsförderung sowie dem Jobcenter.

Frau Schaumann würde es begrüßen, wenn auf einer offiziellen Präsentation der Verwaltung anstelle des Wortes „Herdprämie“ das Wort „Betreuungsgeld“ angeführt würde.

Herr Brewedell teilt mit, dass dies ein Entwurf für den Workshop am 25.09.2012 und somit noch nicht offiziell sei. Es werde im Workshop darüber diskutiert und er nehme den Vorschlag von Frau Schaumann gerne mit.

Herr Hüppe führt aus, dass es ihm nicht reiche, wenn Herr Brewedell diese Änderung mitnehme, sondern das Wort müsse verschwinden. Er möge den Verfasser benannt haben und wissen, ob das Organigramm der Kreis Unna oder jemand anderes verfasst habe.

Herr Brewedell antwortet, dass es von diversen Arbeitsgruppen beim Kreis Unna erarbeitet und vom Bereich Planung und Mobilität erstellt worden sei. Er nehme die Anregung mit und denke, dass das Wort „Herdprämie“ aus dem Organigramm entfernt werde.

Die Anregung aus dem Ausschuss, die Barrierefreiheit bzw. das Thema Inklusion in den Zielen und den Maßnahmen zu berücksichtigen, werde Herr Brewedell mitnehmen. Er führt aus, dass es auch Thema des Workshops sei, die Inklusion überall mit einfließen zu lassen.

Punkt 3 137/12 Familienhebammen - Ein Projekt zur Verbesserung der sozialmedizinischen Versorgung von Schwangeren und jungen Müttern mit ihren Säuglingen im Kreis Unna

Erörterung

Herr Hahn teilt mit, dass morgen der federführende Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz berate. Für den Jugendhilfeausschuss sei die Vorlage noch nicht vorgesehen, er werde aber auch dort entsprechende Informationen einspielen.

Er führt aus, dass das Projekt in Kürze ausliefe und er habe gehofft, dass über das Bundeskinderschutzgesetz, über das insgesamt 120 Millionen Euro, auf 3 bis 4 Jahre verteilt, zur Verfügung gestellt würden, die Projektphase Familienhebammen in ein Regelangebot hätte überführt werden können. Soweit sei es aber noch nicht. Er befände sich in ständigem Kontakt mit den zuständigen Landesbehörden. Heute Morgen habe er auch nochmal mit dem Landesjugendamt gesprochen, denn nach der zwischen Bund und Land abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung zum Thema „Frühe Hilfen“ seien nun die Länder am Zug, entsprechende Verfahrensregelungen zu entwickeln, wie das Geld des Bundes weiter verwandt werden solle.

Seit heute Mittag habe er die Information, dass die Möglichkeit bestünde, abgeschlossene Maßnahmen künftig als Regelangebot gefördert zu bekommen. Signalisiert worden sei, dass Zuschussnehmer eindeutig die Jugendämter seien. Dies bedeute, dass die Jugendämter über einen klein gehaltenen Antrag auf vier Jahre

die Zuschüsse beantragen würden. Die Summe betrage jährlich knapp 220 / 230.000 Euro, die sich auf die Jugendämter im Kreis Unna aufteile. Es müsse mit den Jugendämtern darüber gesprochen werden, ob der jetzige Organisationsgrad, die Ansiedlung der Familienhebammen beim Kinder- und Jugendärztlichen Dienst des Kreises Unna, der richtige sei. Die medizinisch-kollegiale Fachbetreuung sowie der kollegiale Austausch sei in der Vergangenheit sinnvoll gewesen und werde auch zukünftig sinnvoll sein. Zunächst müsse die Frage geklärt werden, ob die Jugendämter in dem vom Kreis begonnenen Projekt als Regelangebot weitermachen oder ob sie eigene Angebote schaffen würden.

Herr Hahn führt aus, dass folgende Ergänzung im Beschlussvorschlag erfolgen solle: „...unter Berücksichtigung einer finanziellen Förderung nach dem Bundeskinderschutzgesetz (BKSchG) und dem Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (BKK) zu prüfen, **in Abstimmung mit den Kommunen im Kreis Unna.**“

Er teilt mit, dass bis zur Sitzung des Kreisausschusses und Kreistages sicherlich auch die Verfahrensregelungen des Landes vorlägen. Gradmesser oder Parameter für die Zuweisungen würden voraussichtlich die u3-Kinder der AIG II-Bezieher sein.

Auf Nachfrage von Frau Schaumann teilt Herr Hahn mit, dass die Zuschüsse im Bereich „Frühe Hilfen“ angegliedert würden und somit nicht ausschließlich speziell für die Beschäftigung von Familienhebammen zum Einsatz kämen.

Auf Nachfrage von Frau Wentzek führt Herr Hahn aus, dass seiner Ansicht nach der Zuschuss nicht nur auf u3-Kinder beschränkt sei. Mehr könne auch er hier nicht hineininterpretieren.

Frau Werbinsky teilt für die SPD-Fraktion mit, dass noch zu viel Klärungsbedarf bestünde und die Verfahrensregelungen des Landes abzuwarten blieben. Zunächst solle der Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz beraten.

Herr Hahn beantwortet eine Verständnisfrage zum Verfahrensablauf der Abstimmung zur Vorlage.

Frau Wentzek erläutert den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.09.2012 und teilt mit, dass aus dem Sachbericht der Vorlage hervorgehe, dass die bisherige Zielgruppe Mütter mit besonderen Schwierigkeiten wie Suchtproblematik, Vernachlässigung des Kindes usw., gewesen sei. Dies bedeute, dass es immer eine Schnittfläche zum Regulationsbedarf eines öffentlichen Trägers, also des Jugendamtes, gebe. Demnach halte es die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für fachlich günstiger, wenn die frühen Hilfen von einem freien Träger angeboten würden, damit die Kooperation mit den Betroffenen gut laufen könne und es zu keiner Vermischung hoheitlicher Aufgaben und Hilfeaufgaben käme. Aus diesem Grunde bringe die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag ein, dass geprüft werden solle, ob auch an einen freien Träger vergeben werden könne.

Die Vorsitzende, Frau Schmidt, führt abschließend aus, dass dies zur Kenntnis genommen und an den Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz weitergegeben werde.

Erörterung

Frau Sträde berichtet anhand einer Folienpräsentation, die aufgrund technischer Probleme nicht präsentiert werden kann, aber dieser Niederschrift als Anlage 2 beigelegt wird. Zu Beginn ihres Berichtes führt sie aus, dass das Projekt „Starke Familien und Unternehmen im Kreis Unna“ seit August 2010 lief und bereits diverse Veranstaltungen stattgefunden hätten.

Frau Scheideler fragt nach, ob es in den Unternehmen Akzeptanz fände, wenn junge Väter in die Elternzeit gingen.

Frau Sträde antwortet, dass bisher nur Frauen Unterstützung gesucht hätten. Aber sie wisse, dass in Unternehmen aus dem Netzwerk, auch in der metallverarbeitenden Branche, immer mehr Väter die Elternzeit in Anspruch nehmen würden.

Punkt 5

Zwischenbericht zum Bundesprojekt "Mehr Frauen in Führungspositionen - Regionale Bündnisse für Chancengleichheit"

Erörterung

Frau Ersan berichtet anhand einer Folienpräsentation, welche dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt ist.

Frau Ersan teilt mit, dass der Kreis Unna als einziger Kreis in NRW am Bundesprogramm „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ teilnehme. Das Projekt leiste einen Beitrag zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit, da der gesellschaftliche Trend aktiv gestaltet und der Fachkräftebedarf gesichert werden könne. Es würde gewährleistet, dass große und mittelständische, private und öffentliche Unternehmen, die ein breites Spektrum an Branchen und Größen abdeckten, kompetent beraten würden. Folgende zehn Unternehmen aus dem Kreis Unna seien beteiligt:

- Aurubis Recyclingzentrum Lünen
- GEA Farm Technologies GmbH, Bönen
- Katharinen-Hospital, Unna
- GSW Kamen/Bönen/Bergkamen
- Sparkasse Fröndenberg
- Rhenus AG & Co. KG, Holzwickede
- Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS), Unna
- Ringhotel Katharinen Hof, Unna
- THERMO-SENSOR GmbH, Bönen
- Stadtwerke Schwerte

Geplant seien laut Frau Ersan drei Runde Tische unter der Leitung des Landrates, Herrn Michael Makiolla, ein exklusiver Unternehmensworkshop in der Region, ein bundesweiter Branchengipfel gemeinsam mit den Dax-30-Unternehmen sowie eine Abschlusskonferenz zur Präsentation der erreichten Erfolge und Ergebnisse in den zehn Regionalen Bündnissen.

Lt. den Ausführungen von Frau Ersan umfasse die auf Folie Nr. 6 angeführte Strategieberatung eine fundierte Analyse der Personalstruktur der Unternehmen, Benchmarking (Wo stehen andere Unternehmen in vergleichbarer Größe und Branche in puncto Chancengleichheit?), Handlungsempfehlungen (Wo liegt der

Unter anderem sei es so, dass Frauen mit Behinderungen deutlich häufiger von Gewalt und sexuellen Übergriffen betroffen seien als die Frauen im Bevölkerungsdurchschnitt. Sie habe nach Rücksprache mit der Vorsitzenden des Gleichstellungsausschusses, Frau Heike Brossat, und dem Landrat Herrn Michael Makiolla, Kontakt zur Universität Bielefeld aufgenommen, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, entsprechende Studien erarbeitet habe. Zur nächsten Sitzung des Gleichstellungsausschusses am 07.11.2012 wurde Frau Glammeier von der Universität Bielefeld eingeladen, um die Studie vorzustellen. Frau Ersan regt an, dass man sich im Anschluss an den Vortrag gemeinsam Gedanken darüber machen müsse, wie man es bewerkstelligen könne, dass von Gewalt betroffene Frauen mit Behinderungen einen barrierefreien Zugang zu Hilfsangeboten bekämen.

Weitere Mitteilungen oder Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen

1. "Bündnis für Familie": Inhalte und Strukturen - Entwurf für den Workshop am 25.09.2012, Bericht Herr Dirk Brewedell
2. Folienpräsentation „Starke Familien und Unternehmen im Kreis Unna“, Bericht Frau Katja Sträde
3. Folienpräsentation „Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ - Das Projekt im Überblick, Bericht Frau Sengül Ersan

gez. Bärbel Schmidt
Vorsitzende

gez. Birgit Scholz
Schriftführerin